

Das enge Zusammenwirken mit Ludwig Erhard
ermöglichte neue Wege in der Wirtschaftspolitik

Konrad Adenauer und die Soziale Marktwirtschaft

Gerhard Stoltenberg

Über Konrad Adenauer als Wirtschaftspolitiker zu diskutieren bedeutet über Konrad Adenauer und Ludwig Erhard zu reflektieren. Natürlich hatte der Kölner Beigeordnete und Oberbürgermeister über die Jahrzehnte dramatischer Veränderungen in Deutschland hinweg seine Erfahrungen, insbesondere mit den öffentlichen Haushalten, im Auf und Ab der Wirtschaft, in ihren Wirkungen auf die Lebensbedingungen vieler Millionen Menschen gemacht, Erfahrungen, die nach 1949 in seinen Überzeugungen als Bundeskanzler weiterwirkten.

Aber die Wirtschaft in ihren vielfältigen Unternehmensformen und Diversifizierungen betrachtete er pragmatisch. Der Staat sollte in Krisenzeiten auch die Kredite kommunaler Investitionen fördern und so den heimischen Betrieben helfen. Aber zugleich musste sorgfältig darauf geachtet werden, dass die öffentliche Verschuldung in Grenzen blieb und die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden nicht gefährdet wurde. Adenauer hatte in Köln erfahrene, angesehene Gesprächspartner aus der Wirtschaft, vor allem den Bankier Robert Pferdmenges, der ein persönlicher Freund und nach 1949 im Bundestag ein unauffälliger,

aber sehr einflussreicher Abgeordneter wurde.

Ordnungspolitische Themen und Programme blieben für Konrad Adenauer eine ihm ferne Angelegenheit der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, von sehr begrenzter Bedeutung für handelnde Politiker. Nach 1945 wandte er sich mit erstaunlicher Energie dem Aufbau der CDU im Westen zu. Als Präsident des Parlamentarischen Rates nahm er 1949 Einfluss auf mehrere wichtige Entscheidungen der verfassunggebenden Versammlung. So bereitete er die kleine Koalition von CDU, CSU, FDP und DP und seine Wahl zum Bundeskanzler zielstrebig vor.

Bereits vor dem Neuanfang in Bonn war Frankfurt das wichtigste provisorische Zentrum für die drei Westzonen geworden. Die alliierte Entscheidung vom Sommer 1947, dort mit einer deutschen Administration für den ökonomischen Bereich und einer aus den Landtagen delegierten Parlamentarischen Versammlung eine Art Wirtschaftskabinetts- und -parlament zu schaffen, hatte weitreichende Wirkungen. Die Beschlüsse in Frankfurt, vor allem die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für den überwiegenden Teil der Waren- und Dienstleistun-

gen durch den Direktor für Wirtschaft, erfolgten ohne nennenswerte Beteiligung der Parteizentralen.

Konrad Adenauer erkannte sehr bald, dass Erfolg oder Misserfolg der Erhardschen Politik einer Sozialen Marktwirtschaft für den Ausgang der ersten Bundestagswahl entscheidend sein werde. Die starke Wirkung der öffentlichen Auftritte Erhards beeindruckte ihn. So kam es zu den ersten historischen Begegnungen beider und am 28. August 1948 zu einer programmatischen Rede Erhards vor dem Parteitag der CDU in der britischen Zone, dessen Zustimmung zu seinem Konzept in stürmischem Beifall sichtbar wurde. Adenauer, sonst ein betont nüchterner, eher skeptischer Politiker, war tief beeindruckt. Nach einer längeren Diskussion mit dem Zonenausschuss der CDU in Königswinter sagte er am 25. Februar 1949 zu Erhard: „Dieser Vortrag war so klar und lichtvoll und hat namentlich die grundlegenden Wahrheiten so deutlich und überzeugend in Erscheinung treten lassen, dass ich glaube, im Prinzip werden wir alle dem beipflichten müssen. Er hat in seiner Rede das Geheimnis jedes Erfolges wirken lassen, die Dinge zurückzuführen auf möglichst einfache und klare Begriffe.“

So führten Adenauer und Erhard den Wahlkampf zum ersten Bundestag 1949 im engen Schulterschluss. Der Bundeskanzler unterstützte in der Folgezeit die verschiedenen Initiativen seines Wirtschaftsministers zur weitergehenden Marktöffnung und Liberalisierung zusätzlicher Bereiche der Volkswirtschaft. Ein Vernehmen bestand auch über die wichtigsten Punkte der Kriegsfolgen gesetzgebung, vor allem des Lastenausgleichs.

Vor ganz andere Fragen sah sich die Bundesregierung mit dem Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman

im Mai 1950 gestellt, einen Gemeinsamen Markt für die Schlüsselbereiche von Kohle und Stahl zu schaffen. Frankreich ging es nicht in erster Linie um eine Freihandelszone der angesprochenen sechs Staaten, sondern vor allem auch um gemeinsame Organe einer Integration, um eine supranationale Exekutive und Gerichtsbarkeit sowie eine Parlamentarische Versammlung. Adenauer erblickte hierin die große Chance, einen ersten Schritt zu einer umfassenden Europäischen Gemeinschaft zu tun und zugleich die prinzipielle Gleichberechtigung der jungen Bundesrepublik im Verhältnis zu ihren westlichen Nachbarn zu verankern. Erhard betrachtete das Konzept mit einiger Skepsis, als Instrument einer zu weit gehenden staatlichen Regulierung. Aber er akzeptierte die gesamtpolitischen Argumente des Bundeskanzlers. Rückblickend kann man sagen, dass der große Gemeinsame Markt im liberalen Verständnis ein Fortschritt war, andererseits französische Vorstellungen von staatlicher Planung jedoch zu gewissen Problemen mit dem deutschen Partner führten.

Belastungsprobe

Zu einer Belastungsprobe im Verhältnis Adenauers und Erhards wurden die Folgen des Korea-Krieges, der seit dem Juni 1950 zu beträchtlichen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Spannungen führte. Vor allem durch den starken Anstieg der Rohstoffpreise verschärfte sich ein internationaler Inflationsschub, Versorgungsgänge wurden befürchtet. So verlangten Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in der Bundesrepublik bald, erneut Preiskontrollen und Bewirtschaftungsmaßnahmen einzuführen. Erhard lehnte dies ab. Er war davon überzeugt, dass der Markt den

Anpassungsprozess ohne staatliche Eingriffe bewältigen werde. Adenauer aber zeigte sich geneigt, den Argumenten der Kritiker jedenfalls teilweise zu folgen. Er sagte mehrfach, die Marktwirtschaft sei nicht für jede Ausnahmesituation brauchbar. Man müsse flexibler sein und sie auch zur Disposition stellen können. Der Wirtschaftsminister fand bei seinen wichtigsten Kabinettskollegen Blücher, Schäffer und der Bank Deutscher Länder Rückhalt und vermochte schließlich seinen Kurs mit kleineren Konzessionen durchzuhalten. Die persönlichen Irritationen blieben trotz aller öffentlichen Bekundungen der wiedergewonnenen Harmonie bestehen und wurden auch in der Folgezeit bei bestimmten Anlässen sichtbar.

Konrad Adenauer engagierte sich sehr stark bei den lang anhaltenden Debatten über eine Rentenreform. Hier wurden prägende Jugendeinflüsse der katholischen Soziallehre ebenso wirksam wie die Erinnerungen an das von äußerster Kargheit bestimmte eigene Elternhaus. Erhard stand wie Schäffer, Blücher und andere Kabinettskollegen den Vorstellungen einer dynamischen, im Wesentlichen an der Bruttolohn-Entwicklung orientierten Rentenformel sehr skeptisch gegenüber. Er sah ein unkalkulierbares Stabilitätsrisiko für den Fall einer Überhitzung der Konjunktur, aber auch eines schweren Einbruchs in die Wirtschaftsentwicklung.

Im weiteren Verlauf der intensiven Debatten näherten sich die Standpunkte des Kanzlers und seiner erwähnten Minister an. Die Anpassungsformel wurde neu gefasst. Der Gesetzestext vermied jede konkrete Automatik. Jetzt hieß es, die Anpassungsformel sollte „der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie den Veränderungen des Volkseinkommens je Einwohner Rechnung tra-

gen“. Die jährliche Entscheidung war durch Gesetz zu treffen. Ausdrücklich wurde festgelegt, dass das Parlament in einer angespannten Situation der Rentenversicherung von der Lohnentwicklung abweichen könne. Dass im politischen Alltag der folgenden Jahrzehnte der Gesetzgeber niemals Gebrauch von dieser Flexibilitätsklausel machte, war eine spätere Erfahrung.

Europäischer Markt

Von unterschiedlichen Ausgangspunkten kommend, erreichten der Bundeskanzler und sein Wirtschaftsminister auch bei einem der bedeutendsten zukunftsweisenden Vertragswerke der fünfziger Jahre schließlich Einvernehmen. Es ging um neue Initiativen für eine umfassendere europäische Integration. Frankreich schlug eine Erweiterung auf zusätzliche Sektoren vor, vor allem einen Vertrag über die gemeinsame Förderung und Entwicklung der Kernenergie in Forschung und Reaktorbau. Demgegenüber sprachen sich die drei Benelux-Staaten im Mai 1955 in einem Memorandum für einen Gemeinsamen Markt aus, der zu einer fortschreitenden Verflechtung der gesamten nationalen Volkswirtschaften, zu Freizügigkeit und weiteren gemeinsamen Institutionen führen sollte. In der Bundesregierung gab es zunächst unterschiedliche Auffassungen, bis Konrad Adenauer eine klare Präferenz für die größere, ehrgeizigere Lösung zu erkennen gab. Erhard plädierte für eine Gemeinschaft, die vor allem durch Freihandel, niedrige Außenzölle und ein Minimum an zentraler Bürokratie und Regulierung bestimmt war. Er verzeichnete mit Sorge Tendenzen in Paris, die auf Protektionismus und Dirigismus abzielten.

Es gelang, Frankreich für das Konzept eines großen Gemeinsamen Marktes zu gewin-

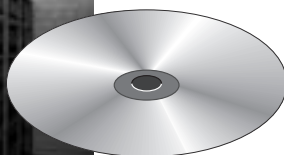
nen. Dafür mussten Konzessionen gemacht werden, so die nachhaltige finanzielle Förderung der Kolonialgebiete aus Gemeinschaftsmitteln, besondere Hilfen für die strukturschwachen Gebiete in der künftigen Union und einen speziellen Vertrag über eine Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM).

Der Bundeskanzler bemühte sich in Gesprächen und einem ausführlichen Briefwechsel sehr um eine Verständigung mit seinem Wirtschaftsminister. So gelang es schließlich, insbesondere die schrittweise Senkung der Außenzölle (mit Ausnahme des Agrar-Sektors) im Vertragswerk zu verankern. Das war für Erhard ein entscheidender Punkt. Jetzt setzte er sich in der innenpolitischen Debatte für das historische Abkommen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Nachdruck ein.

Konrad Adenauer unterstützte in den fünfziger Jahren entschieden die Steuerpolitik seiner Finanzminister Schäffer und Etzel. So wurde der Tarifverlauf der Einkommen- und Körperschaftsteuer in mehreren Schritten beträchtlich abgesenkt, der Spitzensteuersatz fiel von fast neunzig auf 53 Prozent. Er förderte darüber hinaus die ersten Schritte zur Privatisierung von industriellem Bundesvermögen mit dem Ziel einer breiteren Streuung von Volksaktien. Zu Differenzen mit Erhard kam es bei der Verabschiedung des Bundesbankgesetzes. Der Wirtschaftsminister hatte Mühe, den Bundeskanzler und einige seiner Kabinettskollegen von

dem Konzept einer weitgehend autonomen Zentralbank zu überzeugen. Auch die erste Aufwertung der Deutschen Mark führte zu Spannungen.

In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Differenzen zunehmend registriert, während die zahlreichen Punkte des Einvernehmens eher eine beiläufige Erwähnung fanden. Dies galt vor allem für die Jahre nach 1959, als die Nachfolgefrage für den ersten Bundeskanzler zunehmend die Politiker und die Medien beschäftigte. Die Verbindung dieses kontroversen Themas mit sachlichen Differenzen führte zu einer jahrelangen erheblichen Belastung für die Union als Regierungspartei, einer der Gründe für den allmählichen Verlust der Mehrheitsfähigkeit in den sechziger Jahren. Konrad Adenauer erreichte in der Wirtschaftspolitik zu keinem Zeitpunkt die eindeutige Meinungsführerschaft, die er über ein Jahrzehnt in der Außenpolitik, vor allem in den Entscheidungen für die europäische Integration und die breiter verankerte Westbindung der Bundesrepublik, aber auch in zahlreichen anderen innenpolitischen Fragen so eindrucksvoll ausübte. Aber im Rückblick wird auch deutlicher als in den Kämpfen jener Zeit, dass vor allem in den Anfangsjahren der jungen Republik das enge Zusammenwirken des Bundeskanzlers und seines Wirtschaftsministers für die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung war, was immer im Laufe der Jahre an Gegensätzen die Kooperation erschwerte.



Sie wollen endlich Platz schaffen
und teuren Raum besser nutzen?

Ihr Papierarchiv auf CD-ROM

Wir erstellen Ihnen gern ein bedarfsgerechtes Angebot!

Büro **Express Service** in Bonn
Tel: (0228) 9 18 18 64 – Fax: 9 18 18 65